# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Nr. 228. [32. Jahrgang.] Berlin, Mittwoch den 17. Mai 1893, Abends. [32. Jahrgang.] Nr. 228.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sind an diese: **Berlin 48,** SW. **Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**
**Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.** **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**



Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: **Bonn:** M. Cohen. — **Bremen:** E. Schlotte, Wilh. Scheller. — **Stettin:** S. Salomon. — **Frankfurt a. M.:** G. L. Daube & Co. — **Hamburg:** Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — **Görlitz:** C. Schoenwald. — **Mainz:** D. Frenz. — **Minden:** C. Marowski. —

**Wien:** M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — **Frankreich, England und Belgien:** Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — **Schweiz:** Orell Füssli & Co., Zürich.


## An unsere Leser.

Die bevorstehenden **Reichstagswahlen,** die davon abhängigen **wichtigen Entscheidungen** machen es zur allgemeinen Pflicht, die politischen Tagesereignisse **ernst und gründlich** zu verfolgen, um unabhängig von Parteigeist und Effekthascherei urtheilen und handeln zu können.

Unsere Leser werden der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bezeugen, daß sie in diesem Sinne zu wirken bestrebt ist, und in diesem Bewußtsein richten wir an unsere Freunde die Bitte, unser Streben **durch Empfehlung in ihren Kreisen,** sowie durch **Mittheilungen über Wahlvorgänge** zu unterstützen.

Etwaigen Wünschen in Bezug auf Erleichterung des Abonnements für einzelne Abonnenten, öffentliche Lokale und Lesezirkel werden wir nach Möglichkeit gern entgegenkommen.

Für den Monat **Juni** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **ℳ 2,50.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.“,** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Für die **Reise-Saison** haben wir ein **Wochen-Abonnement** auf unsere Zeitung eingerichtet. Dasselbe beträgt für die Woche mit **zweimaliger täglicher** Kreuzband-Sendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie **ℳ 1,20,** für die übrigen Staaten **ℳ 1,50.** Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1—2 Tage vorher davon Kenntniß erhält.

## Politischer Tagesbericht.

Berlin, 17. Mai.

Wir halten die Einnahme von Hornkrantz, der Feste und Residenz Hendricks Witboi's, für ein glückliches Ereigniß, das wir in erster Linie der Energie und Einsicht der Gebrüder François und dann dem Muth ihrer Truppen verdanken werden. Die Einnahme jener Feste war über lang oder kurz unumgänglich, wenn die deutsche Herrschaft in Südwest-Afrika nicht in Frage gestellt bleiben sollte. Wir können uns des Erfolges deutscher Soldaten gegen Feinde, die auch militairisch erheblich höher stehen, als andere Afrikaner, nur freuen.

Anders die „Frankfurter Zeitung“. Sie entnimmt einem englischen Telegramm, daß dabei auch Frauen ums Leben gekommen sein sollen, und knüpft hieran folgende Bemerkung:

„Ob die Tödtung so vieler wehrloser Frauen nicht doch hätte vermieden werden können, wird man allerdings erst zu beurtheilen in der Lage sein, wenn ausführlichere Berichte über den Kampf vorliegen. Jedenfalls braucht man sich nicht zu wundern, wenn solche Vorfälle die Abneigung gegen die Kolonisationspolitik mit Pulver und Blei noch verstärken.“

Auch wir wünschen, daß der Tod Wehrlose verschont haben möchte. Wenn aber inmitten des verschanzten Lagers sich Hunderte von Frauen und Kindern befanden, so fürchten wir, daß manches Geschoß seinen Weg auch zu ihnen gefunden haben muß, und sind gespannt auf das Resultat der Untersuchung, die man, nach Eingang der Berichte, in der Eschenheimerstraße über die Art und Weise, wie das zu vermeiden gewesen wäre, anzustellen gedenkt.

Inzwischen konstatiren wir, daß die „Frankfurter Zeitung“, ohne jene Berichte abzuwarten, schnell bei der Hand ist, Nahrung für ihre Abneigung gegen Militarismus und Kolonialpolitik einem englischen Telegramm zu entnehmen.

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn es auch in der Volkspartei Brauch wird, deutsche Dinge mit fremdem Maßstab zu messen, nachdem der Herr Ober-Bürgermeister von Danzig, dem seit Kurzem eine unserer exponirtesten Provinzen eine zweite Heimath bietet, aus Aeußerungen eines französischen Diplomaten und „einflußreichen Herrn“ aus Kiew die Ueberzeugung gewonnen haben will, daß die Militairvorlage entbehrlich sei.

---

Der Kultusminister **Dr. Bosse** hat seine kürzliche Anwesenheit in Bonn, aus Anlaß der Beethoven-Feier, welche einen sehr weihevollen Verlauf nahm, auch dazu benutzt, um den Universitätsinstituten, und unter diesen insbesondere auch der Sternwarte und der Augenklinik, einen Besuch abzustatten. Beide sind zur Zeit schlecht untergebracht. Der Minister besichtigte auch das Sternenthor, dessen Beseitigung von der Bürgerschaft im Interesse der Erleichterung des Verkehrs dringend gewünscht wird. In Köln, wo der Minister einen eintägigen Aufenthalt nahm, stattete er dem Erzbischof einen Besuch ab und besichtigte den Dom sowie das Treppenhaus im Gürzenich.

---

Die königlichen Regierungen sind wie für die Volks-, so auch für die **Mittelschule** befugt, den durch objektive oder vertragsmäßige Normen nicht bestimmten Betrag der Pension gegenüber der, zur Pensionsgewährung überhaupt verpflichteten Kommune rechtsverbindlich festzusetzen.

---

Der **„Germania“** geht es wider den Strich, daß wir feststellten, es fange bei den Gegnern der Militairvorlage an zu „bröckeln“. (Vergl. Nr. 224 der „Nordd. Allgem. Ztg.“) Zwar haben wir dort nicht nur aus dem Lager des Zentrums Symptome solchen Bröckelns verzeichnet, sondern auch aus demjenigen der „freisinnigen Volkspartei“ und der süddeutschen Demokratie. Die „Germania“ wendet sich aber nur dagegen, daß vom „Bröckeln“ beim Zentrum gesprochen werde, und nimmt auch nach dieser Seite nur von der einen auf Schlesien bezüglichen Mittheilung Notiz, die andere auf Hohenzollern bezügliche ignorirt sie. Dann aber sagt die „Germania“:

„Ist es nicht sehr bescheiden oder sehr — tendenziös, hierin ein „Bröckeln“ zu finden? Es war in der Fraktionsversammlung nur eine Stimme, daß ein Festlegen des Abgeordneten bei den Wahlen im Einzelnen und Kleinen nicht stattfinden dürfe; wenn der Standpunkt im Großen der richtige, müsse er eine gewisse Freiheit besitzen, und die beiden in Betracht kommenden Standpunkte sind im Großen doch wohl deutlich genug unterschieden! Auch wir haben in den letzten Monaten zur Bezeichnung des doch einer bestimmten Vorlage gegenüber festgelegten Standpunktes immer nur gesagt, die immense Mehrheit der Fraktion beharre im Wesentlichen auf dem Standpunkte, die Kompensationen der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der jetzigen Präsenzstärke zu bewilligen. Mehr konnten wir auch nicht sagen und konnte Niemand sagen, da im Falle einer Verständigung auf diesem Standpunkt ein Entgegenkommen bei der positiven Formulirung von allen Seiten erforderlich war und nicht an einigen Tausend Mann mehr oder weniger scheitern durfte.“

„Mehr“ hätte also die „Germania“ in den letzten Monaten nicht gesagt?! Merkwürdig; Leute, die kein allzu schlechtes Gedächtniß haben, werden gerade diese Sätze der „Germania“ als einen Beweis des Bröckelns — nicht „im Zentrum“, sondern bezüglich dessen Stellung zur Militairvorlage resp. zu dem Antrag Huene — betrachten.

Im Uebrigen hat inzwischen auch die „Germania“, und zwar ohne Widerspruch abgedruckt, was der „Köln. Volksztg.“ aus Schlesien über die „Schwierigkeiten“ im Zentrum und die Unmöglichkeit, den Zentrumskandidaten „bindende Zusagen“ betreffs der Militairvorlage abzuverlangen, geschrieben wurde (vergl. Nr. 226 der „Nordd. Allg. Ztg.“), gleichzeitig aber erfährt sie aus dem Wahlkreise Kronach-Lichtenfels (Oberfranken), „daß der seitherige Abgeordnete Frhr. v. Gagern nicht mehr kandidirt, da er bezüglich der dem neuen Reichstag vorzulegenden Militairvorlage sich in keiner Weise binden wollte.“ — (Auch Herr v. Gagern hatte gegen den Antrag Huene gestimmt.)

Ueber eine in Bamberg abgehaltene Versammlung, in der Dr. Lieber als Hauptredner sprach, berichten bayerische Blätter: „Lieber überging das Thema „Militairvorlage“ so ziemlich, nur ganz kurz sprach er die Hoffnung aus, daß das Zentrum keinen Wahlkreis verlieren werde; gerade in den letzten Tagen habe es sich gezeigt, daß das Zentrum Vertrauen verdiene, die dissentirenden Adeligen hätten schwere Kämpfe durchzumachen gehabt.“

In München dankte der dortige freisinnige Verein „seinem Vorkämpfer“ Eugen Richter, gleichzeitig aber beschloß die stark besuchte Versammlung des Vereins, einen Kandidaten für den Reichstag in Vorschlag zu bringen, dem in keiner Weise ein imperatives Mandat ertheilt werden solle. Als solcher wurde unter stürmischem Beifall Herr Landgerichtsrath Grimm bezeichnet, der die Kandidatur annahm.

Auch Symptome des Bröckelns.

---

Unter der Spitzmarke: „Eine sonderbare Maßregel des französischen Kriegsministers“ lesen wir im „Hamb. Korr.“ vom 15. d. Mts.:

„Am Dienstag voriger Woche, schreibt unser Pariser Korrespondent, brachte der „Petit Marseillais“, das größte Blatt Südfrankreichs, eine wenig beachtete Notiz militairischen Inhalts. Die Notiz lautete: „Durch ministerielle Verfügung sind alle Beurlaubungen von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften bei den Regimentern, die in unseren östlichen Grenzgarnisonen liegen, auf das Strengste (rigoureusement) untersagt; die Grenzarmeekorps haben bis auf Weiteres unbedingt in ihrer vollen Stärke zu verbleiben (l'effectif des corps doit être jusqu' à nouvel ordre absolument au complet).“ Erst am Freitag ging diese Meldung, die unerklärlicher Weise anfangs wenig Beachtung fand, gleichzeitig in mehrere Pariser Zeitungen über. Sie wurde sogar noch dahin ergänzt, daß an die betreffenden Grenzkorps auch der Befehl ergangen sei, ihre bereits auf Urlaub befindlichen Offiziere und Mannschaften einzuziehen. Aus den Pariser Blättern ging die Nachricht, deren Wichtigkeit nun plötzlich erkannt wurde, namentlich auf telegraphischem Wege auch in die nicht französische Presse über. Die bezüglichen Telegramme wurden natürlich von der politischen Polizei aufgefangen, und bereits am frühen Nachmittag desselben Freitag erschien, bevor noch eine auswärtige Zeitung die ihr zugesandten Meldungen von dieser eigenthümlichen militairischen Maßregel gebracht haben konnte, ein Dementi im „Temps“, wenn man die kurze, fast schüchterne Behauptung, daß die Zeitungen, die die Mittheilung von der erfolgten Urlaubsverweigerung u. s. w. gebracht hätten, falsch berichtet seien, ein Dementi nennen will. Dies der kurze historische Verlauf der der französischen Regierung höchst fatalen Zeitungsindiskretion. Während die Offiziösen à la „Temps“ täglich ins Gefecht geschickt werden, um Deutschland vor Europa zu beschuldigen, auf Friedensbruch aus zu sein, während „Niemand in Frankreich daran denke, gegen die Deutschen auch nur die geringste feindselige Absicht zu hegen“, (!!!) zieht die französische Regierung an der deutschen Grenze die Militairurlauber ein und befiehlt ihren kommandirenden Generalen, ihre Korps in voller Präsenzstärke zu halten; man thut den ersten Schritt zur Mobilmachung. Es ist nämlich, wie ich von einer Seite höre, die ich auf Grund jahrelanger Erfahrungen nur als absolut zuverlässig bezeichnen kann, vom Kriegsminister, wahrscheinlich bereits am letztvergangenen Sonntag, an die kommandirenden Generale der Korps an der Ostgrenze thatsächlich der Befehl ergangen, vorläufig und bis auf weitere Ordre keinerlei Beurlaubungen innerhalb ihrer Korps eintreten zu lassen. Die Maßregel wurde auf Ministerrathsbeschluß hin getroffen, und zwar, wie allseits angenommen wird, weil man auch in Regierungskreisen an die Möglichkeit glaubt oder doch der öffentlichen Meinung die Konzession macht, diese Möglichkeit nicht zu leugnen, daß deutscherseits ein Grenzzwischenfall so gern geschehen würde, daß man eventuell in Versuchung kommen könnte, ihn zu provoziren und weil man überhaupt während der Reichstagswahlen internationale Verwickelungen für mindestens nicht ausgeschlossen hält.

Die Ordre, die, wie gesagt, bereits seit etwa Anfang voriger Woche besteht und welche vom „Petit Marseillais“ bereits am Dienstag bekannt gegeben wurde, hat in Paris erst dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, daß zum Himmelfahrtstage die sonst schaarenweis der Hauptstadt zu allen Sonn- und Festtagen von den östlichen Grenzdepartements mit den Zügen der Nord- und Ostbahn, vielfach auch mit denen der Mittelmeerbahn zuströmenden Militairurlauber ausblieben. Die Blätter, die die Nachricht dann verbreiteten, sollen, wie verlautet, jetzt gleich dem „Petit Marseillais“ wegen Verraths militairischer Geheimnisse, angeklagt werden; das gleiche Schicksal dürfte den fremden Korrespondenten, die die Sache ihren Zeitungen unvorsichtiger Weise von einer französischen Telegraphenstation aus mitgetheilt haben, bevorstehen. Ist somit die Nachricht von dem Verbot der Urlaubsertheilung an alle zu den Ostkorps gehörigen Militairpersonen trotz verspäteter lahmer Dementis zweifellos richtig, so läßt sich von der Meldung von der sofortigen Zurückberufung der bereits vorhandenen Urlauber nicht mit gleicher Bestimmtheit sagen, ob sie zutreffend oder nicht ist; die Wahrscheinlichkeit hat jedoch auch sie für sich.“

## Rundschau im Auslande.

In dem gegenwärtigen Stadium der Berathung der Homerulevorlage im **englischen** Unterhaus tritt besonders das Bestreben hervor, durch irgendeine möglichst scharf gefaßte gesetzliche Klausel einer Ausartung der den Irländern zu gewährenden Autonomie in gesetzgeberische Unabhängigkeit vorzubeugen. Auf diesem Wege, so wird befürchtet, könnte man schließlich bei der Separation anlangen. Von einer derartigen Befürchtung ging der in unserer heutigen Morgennummer erwähnte Antrag des Abgeordneten Henry James aus, nach welchem die oberste Gewalt des Reichsparlaments über alle Personen, Angelegenheiten und Dinge innerhalb des königlichen Gebietes von der Homerulebill unberührt und ungeschmälert bleiben soll. Nach mehrstündiger, zeitweilig recht lebhafter Debatte erklärte sich Gladstone bereit, das Amendement James als Zusatzartikel zum § 2 anzunehmen, jedoch mit dem Vorbehalt, denselben in einem späteren Stadium der Berathung der Bill als besonderen Paragraphen einzuschalten. Was die von Chamberlain geäußerte Absicht anlange, den Zusatzantrag zum Ausgangspunkt weiterer Unteranträge zur Beschränkung der der irischen Gesetzgebenden Versammlung zu gewährenden Befugnisse zu machen, so werde sich die Regierung einer solchen Absicht entschieden widersetzen. Der Zusatzantrag wurde hierauf ohne besondere Abstimmung angenommen.

In **Paris** stehen, wie das „Journal des Débats“ mittheilt, weitere Verhaftungen von Anarchisten unmittelbar bevor. Man glaubt, den Urhebern des Attentats in der rue des bons enfants auf der Spur zu sein.

Die **portugiesische** Kammer hat gestern endgültig und einstimmig, abgesehen von den Stimmen der Republikaner, das Gesetz über die auswärtige Schuld mit den vom Finanzminister vorgeschlagenen Modifikationen angenommen.

Wie man der „Pol. Korr.“ aus **St. Petersburg** meldet, hat der Minister des Innern in Folge gewisser Anzeichen, welche darauf hindeuten, daß die Umtriebe der Nihilisten in der letzten Zeit wieder reger zu werden beginnen, sämmtliche Polizeibehörden des Reiches, insbesondere aber diejenigen in der Weichselprovinz und im Kaukasus, zur Bethätigung der größten Wachsamkeit in der bezeichneten Richtung angewiesen. Gleiche Weisungen sind auch der Geheimpolizei ertheilt worden.

Der König von **Serbien** ist gestern früh nach Tschuprija abgereist. Die Bevölkerung bereitete dem König lebhafte Ovationen. Die Begegnung desselben mit der Königin Mutter Natalie findet am 19. d. Mts. in Kladowa statt, wo ein zwei- bis dreitägiger Aufenthalt in Aussicht genommen ist. In der radikalen Partei ist wegen der Aufstellung von Kandidaten für die Belgrader Skupschtina-Wahlen eine Spaltung eingetreten. Von der einen Richtung wird Dokitsch, von der anderen Pasitsch als Listenträger beantragt. Es werden deshalb zwei radikale Listen aufgelegt werden.

In **Nordamerika** ist vor einigen Tagen das Gesetz in Kraft getreten, welches die Zuwanderung von Chinesen so viel wie möglich verhindern und die in den Vereinigten Staaten bereits wohnhaften Angehörigen des Reiches der Mitte einer strengen Aufsicht unterwerfen soll. Dem Londoner „Standard“ geht nun eine Meldung aus New-York zu, derzufolge nach Mittheilungen von Missionaren der Generalgouverneur von Petschili, Li-hung-tschang, gedroht hätte, sämmtliche gegenwärtig in China weilenden Bürger der Vereinigten Staaten auszuweisen. In Kreisen der Kriegsmarine werde die Möglichkeit eines Kriegsausbruchs erörtert. Der „Times“ wird aus Philadelphia gemeldet: Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, daß das Gesetz, wonach nichtregistrirte Chinesen ausgewiesen werden sollen, mit der Verfassung nicht in Widerspruch stehe, wird voraussichtlich keine praktischen Folgen haben, weil die Ausführung des Gesetzes zu große Kosten verursachen würde und möglicherweise Repressalien zur Folge haben könnte. Man glaubt, daß die chinesische Gesandtschaft Washington verlassen würde.

## Parteibewegung.

* In der **Viktoria-Brauerei** fand gestern Abend die von der Vereinigung zur Unterstützung der Militairvorlage berufene Versammlung statt. Den Vorsitz führte Herr Verlagsbuchhändler Luckhardt, der Hauptredner war der Landtagsabgeordnete Dr. Cremer. Die Versammlung trat der von Beiden befürworteten Kandidatur Wagner bei, deren Träger erschien und das Wort nahm. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Krause bemühte sich, allerdings vergeblich, für die Kandidatur Henneberg Stimmung zu machen.

* Weil andere Blätter von der Sache Notiz genommen haben, wollen wir auch unseren Lesern diese „Blüthe“ nicht vorenthalten. Durch ein uns vorliegendes Flugblatt werden „alle Vaterlandsfreunde und Antisemiten Berlins“ für heute Abend nach den Germaniasälen, Chausseestr. 15, zu einer Volksversammlung eingeladen. Das „Im Auftrage Oskar Grohmann, Berlin W. Eisenacherstr. 10“, unterzeichnete „Dokument“ lautet:

„Gesinnungsgenossen!

Die jüngsten Vorgänge erheischen eine schleunige Aufklärung des Volkes!

Der Reichskanzler Graf Caprivi hat einen förmlichen Kanossa-Gang vor der Börse angetreten!

Die Bankjuden halten Berathungen ab im Reichskanzlerpalais!

Gegen den Fürsten Bismarck ist von jüdischer Seite ein neuer schamloser Streich verübt worden.

Dem muß das deutsche Volk hunderttausendstimmig ein „Halt“ entgegenrufen!

Gleichzeitig werden in der Versammlung Mittheilungen über das Verschwinden der kleinen **Hedwig Weber** gemacht werden.“

Auf die Frage, ob die so angekündigte Versammlung wird stattfinden können und wie es möglich ist, daß derartige „Einladungen“ in Berlin verbreitet werden, vermögen wir unsern Lesern Aufschluß nicht zu geben.

* Wie die „Danz. Ztg.“ meldet, werden eine größere Anzahl bekannter Männer in Berlin, darunter Theodor Mommsen, Georg v. Bunsen, Justizrath Makower, in den nächsten Tagen einen Aufruf zu Gunsten der freisinnigen Vereinigung veröffentlichen.

* Im dritten Berliner Wahlkreise hielt gestern Abend Herr **Munckel** seine Kandidatenrede als freisinniger Volksparteiler, die nach der „Voss. Ztg.“ also schloß:

„Der Wahltag falle auf den Todestag des Kaisers Friedrich. Er hoffe, daß diese Wahl sich zu einer würdigen Todtenfeier für den Verstorbenen gestalten werde. Er glaube, daß unter ihm die Militaivorlage vielleicht nicht eingebracht und der Reichstag nicht aufgelöst worden wäre.“

Der hierzu verzeichnete „stürmische Beifall“ dürfte nicht darüber hinwegtäuschen, daß weite Kreise es als eine unverdiente Kränkung des verstorbenen Monarchen auffassen müssen, wenn Herr Munkel in Zweifel zieht, derselbe würde, sofern er eine solche Vorlage als nothwendig erkannt hätte, sie zu machen unterlassen haben.

* Die nationalliberale Partei in **Halle** und dem Saalekreis beschloß, einen eigenen Kandidaten nicht aufzustellen, sondern die Kandidatur Alexander Meyer zu unterstützen, um neben der Sicherung der Militairvorlage die sozialdemokratische Kandidatur erfolgreich zu bekämpfen.

* In **Baden** beschloß das Zentrum, wo es keine eigenen Kandidaten aufstellt, sofort für die Demokraten zu stimmen, insbesondere in Mannheim für den Landtagsabg. Muser, welcher zur Zeit der zur Republik „fortgeschrittenste“ Vertreter der bürgerlichen Demokratie sein dürfte.

* Wie verschiedene Blätter berichten, hat der Erzbischof von **Posen,** Dr. v. Stablewski, von Rom aus an den Propst Kantecki in Strelno folgendes Telegramm gerichtet: „Ich benachrichtige Dich, daß ich dem Abg. v. Komierowski und der polnischen Fraktion für ihr Verhalten bei der Abstimmung über die Militairvorlage meinen Dank ausgesprochen habe.“

* Man schreibt uns aus dem **Reichslande:** „Bei der traurigen Thatsache, daß die Mehrheit des aufgelösten Reichstags bei Abstimmung über die Militairvorlage wenig Patriotismus gezeigt hat, ist es doppelt wohlthuend, wenn man patriotische Gesinnungen zu hören oder zu lesen bekommt. So ist z. B. im „Lahrer hinkenden Boten“ — Ausgabe für Elsaß-Lothringen — vom Jahre 1881 zu lesen:

„Wenn Ihr auf der großen Altane des Heidelberger Schlosses steht, oder im Schloßhofe, oder auf der großen Terrasse bei den Studenten, und wenn Ihr bewundernd ausruft: „Welch' eine herrliche Ruine; was muß das für ein herrliches Schloß gewesen sein!“ dann denket daran, wer dieses herrliche Schloß zur herrlichen Ruine gemacht hat:

Melac, der große Räuber und Mordbrenner, auf Befehl Ludwig XIV., den man auch den Großen nennt.

Und dann vergesset nicht, daß die Räuber, Mörder und Mordbrenner, die damals im Jahre 1689 Heidelberg und die Pfalz geplündert, niedergebrannt und die friedlichen Bewohner gemordet haben, Franzosen waren, daß es Franzosen waren, die vor zehn Jahren sich den gleichen blutigen Spaß gemacht hätten, wenn der deutsche Michel nicht warm geworden wäre und ihnen den Spaß verdorben hätte, und daß es Franzosen sind, die heute an der Grenze lauern und den Augenblick erspähen, das afrikanische Gesindel zu uns herüber zu werfen, um die lachenden Fluren in Asche zu verwandeln.

Darum, deutscher Michel, bleibe gerüstet und halte Dein Pulver trocken, und müßtest Du auch den Steuer- oder Hungerriemen um ein paar Löcher enger schnallen.“

Das ist die Sprache eines deutschen Mannes, der leider nicht mehr unter den Lebenden weilt, und wenn der darin enthaltene Mahnruf auch im Kalenderstyl gehalten ist, so verdient derselbe nichtsdestoweniger beherzigt zu werden.“

* Von angesehener Seite wird uns geschrieben!

„Für die Statistik der bevorstehenden Wahl schlage ich vor, bei jedem Abgeordneten auch die Zahl der Wahlberechtigten zu bringen. Es dürfte sich dann das interessante Resultat ergeben, daß fast alle, wenn nicht alle Abgeordneten durch Minoritäten gewählt sind.“

Die amtliche Wahlstatistik bringt allerdings auch die Zahl der Wahlberechtigten, und ergiebt dieselbe, daß in der That es nur Minoritäten sind, welchen die Mehrzahl der Abgeordneten ihr Mandat verdankt.

* Ueber die Vorgänge im Wahlkreise **Moers** berichtet die „K. Ztg.“: „Graf Hoensbroech hat es abgelehnt, wieder ein Reichstagsmandat anzunehmen. Wie verlautet, beabsichtigen die Zentrumsdemokraten von vornherein, an Stelle des Grafen Herrn Fritzen-Düsseldorf aufzustellen. Die nationalen Parteien im Wahlkreise Rees-Mörs haben sich, wie bereits kurz erwähnt, schließlich auf den angesehenen Landrath Gescher, mit welchem dem Reichstag eine sehr bedeutende Kraft gewonnen würde, vereinigt. Staatsanwalt Romen, der sich im Kampf gegen die Sozialdemokratie einen Namen gemacht hat, war auf eine Anregung aus dem Wahlkreise bereit, sich aufstellen zu lassen, wenn durch seine Kandidatur ein geschlossenes Vorgehen der staatserhaltenden Elemente erzielt würde, und betrachtet sein dankenswerthes Angebot als erledigt, da die wünschenswerthe Einigung durch die Kandidatur Gescher erreicht worden ist.“ Wie uns dazu aus Emmerich geschrieben wird, hätten die nationalgesinnten Männer dieser Stadt und ihrer Umgebung Herrn Romen gerne ihre Stimmen gegeben.

* Im Wahlkreise **Querfurt-Merseburg** stellen die Konservativen und Nationalliberalen den freikonservativen Amtsvorsteher Neubarth-Wünschendorf auf, welcher im Jahre 1887 12047 Stimmen auf sich vereinigte. Die Deutschfreisinnigen Rickert'scher Richtung stellen als Kandidaten den Gutsbesitzer Ritter-Barnstedt auf.

* Aus **Siegen** berichtet die „K. Z.“: Die Verhandlungen der Nationalliberalen mit den Konservativen haben zu keinem Ergebniß geführt, da Letztere von der Kandidatur Stöcker's nicht abgehen wollen. Weitere Verhandlungen würden auf Grund dieser Erklärung zwecklos sein, und darum wird die nationalliberale Partei jetzt einen eigenen Kandidaten aufstellen.“

— In **Stettin** verhandelte gestern Abend der freisinnige Wahlverein über die Wiederaufstellung des Herrn Dr. Brömel, und ergab die Abstimmung 83 Stimmen für und 98 Stimmen gegen Broemel. Nach Ablehnung dieser Kandidatur erklärte Dr. Dohrn seinen Austritt aus dem Vorstand des Wahlvereins. Von Denen, welche die Wiederaufstellung der Kandidatur Brömel's abgelehnt haben, wurde Justizrath Munckel-Berlin als Kandidat aufgestellt.

* Zu den **bayerischen Landtagswahlen** erfährt das Münchener „Fremdenblatt“, daß einige der gemäßigteren Richtung angehörende „Zentrumsmitglieder, von denen behauptet worden war, sie würden Alters- oder Gesundheitshalber ein Mandat ablehnen, nunmehr doch wieder ein solches annehmen. Dies gelte außer den Abgeordneten Frhr. v. Ow, Direktor am Verwaltungsgerichtshof, Oberlandesgerichtsrath Geiger, Ober-Staatsanwalt v. Hauck am Verwaltungsgerichtshofe, auch von Domkapitular Huber.“

**Kandidaturen:** Marienburg: Graf Dohna K. (wieder). Karthaus: Mühlenbes. Frantzius N. Berlin 1: Rechtsanw. Zeidler K. Züllichau: Uhden K. (wieder). Oberbarnim: Prof. Pauli KN. Niederbarnim: Dr. Grelling D., Bachler A. Demmin: Graf Schwerin-Loewitz K. Posen: Bürgermeister Herse D. Kolmar: v. Colmar K. (wieder). Bromberg: Propst Bronkanski P. Glogau: Maager F. (wieder). Liegnitz: Gutsbes. Hornig K. Görlitz: Landesältester v. Eichel K. Jauer: Dr. Otto Hermes D (wieder), Erbscholteibesitzer Lienig K. Salzwedel: v. d. Schulenburg K. (wieder). Halle: Dr. Alex. Meyer F. Merseburg: Landtagsabgeordneter Neubarth R. Bitterfeld: von Werder K. Sangerhausen: Oberamtmann Schaeper R. Altona: Hofbes. Wuth-Borgteheide K (nicht Assess. v. Gerlach). Lauenburg: Gutsbes. Wentrop-Rothenhausen R, Molkenbuhr S. Celle: Kfm. Rautenberg D. Bielefeld: Amtsgerichtsrath Dr. Weihe K. Altona: Stützel U. Marburg: Gutspächter Lucke K. Eschwege: v. Christen R. Weilburg: Maler Bindewald A. Dillenburg: Nachdem Sartorius abgelehnt: Amtsrichter Hofmann-Rennerad N., Landwirth Baer A. Montabaur: Dr. Lieber U. (wieder). Limburg: Fink (Bauernverein). Frankfurt a. M.: Dr. Oswaldt N. Düsseldorf: Beigeordneter Marx NK. Essen: Stoetzel U. (wieder). Neuwied: Landtagsabgeordneter Dünkelberg N. Saarbrücken: Berghauptmann Eilert R. Aachen: Dr. Bock U. (wieder). Fraunstein: Lehemeyer U. (wieder). Regensburg: Kanonikus Freiherr von Ow U. Hof: Kommerzienrath Münch-Ferber N. Schwabach, Kroeber V. Reichenbach: Justizrath Opitz KN. Zschoppau: Gutsbesitzer Herder K. Annaberg: Justizrath Dr. Boehme NK. (Ordnungsparteien). Aalen: Landrichter Kilne U. (an Stelle des Grafen Adelmann). Lahr: Bürgerm. Rubin-Bugsweiler K. Karlsruhe: v. Stockhorner K. Heidelberg: Prinz Loewenstein K. Wertheim: v. Buol U. (wieder), Lantagsabg. Klein N. Darmstadt: Maler Lindewald-Marburg A. Gießen: Gutspächter Meinert-Conradsdorf N. Güstrow: Pogge-Krassow N. Braunschweig: Kfm. Schmidt K. Eisenach: Bezirkskommissar v. d. Osten N. Jena: Dr. Harmening D. Dessau: Päus S. Rudolstadt: Gutsbesitzer Lüttich N. Lippe: Uhlendorff D. (wieder). Mühlhausen: Theodor Schlumberger E. Gebweiler: Dr. Hertzog E.